bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 10 | 11. Mai 2007

Wahlen 2

Testmarkt Bremen
Neben der DVU treten am 13. Mai mehrere rechts gestrickte Parteien an – Meinungsforscher schätzen das Wählerpotenzial auf rund sieben Prozent.

Konkurrenz von rechtsaußen
Die Deutschen Konservativen stellen sich unter „Bremen muss leben“ zur Wahl.

Rechte Szene 4

„Europa erwache“
Beim zentralen Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai in Dortmund üben NPD-Chef Udo Voigt und der „Freie“ Christian Worch den Schulterschluss – mit dabei auch niederländische Rechtsextreme.

„Tag der nationalen Arbeit“
Jürgen Rieger fordert in Vechta „ein deutsches Reich, frei, selbstständig und unabhängig“.

„Inländerfreundlich“
Der NPD-Fraktionschef Udo Pastörs will „die ganze Bagage aus dem Schweriner Schloss“ jagen.

Verräterische Fingerabdrücke
Landgericht stellt Verfahren wegen Verbreitens der Schulhof-CD ein.

„Schreibtischtäter“
Mit Totschläger in den Landtag.

„Kommissarische Regierungen“
„Reichsbürger“ sprechen der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland die Legitimität ab.

Verfassungsschutz 9

Gewalttätiges Potenzial
In Schleswig-Holstein sind die rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten immens angestiegen. Die NPD gibt in der Szene den Ton an.

Ausland 10

Schmutzige Geheimnisse
US-Neonazis und Kinderpornographie.

Ziel deutlich verfehlt
Britische Rechtsextremisten treten auf der Stelle.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Orte der Erinnerung
In zahlreichen Ländern sind neue Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus geplant.

Meldungen 12

Wahlen

Testmarkt Bremen

Neben der DVU treten am 13. Mai mehrere rechts gestrickte Parteien an – Meinungsforscher schätzen das Wählerpotenzial auf rund sieben Prozent.

Auch bei der DVU beherrscht man die Grundrechenarten. Nur die Interpretation des Errechneten bereitet den Funktionären der Frey-Partei Schwierigkeiten. Infratest dimap hatte Ende April gerade Umfragedaten für die Bürgerschaftswahl in Bremen am 13. Mai veröffentlicht, da freute sich Landespressesprecher Hans Weidenbach: „Nach der Umfrage sagen bereits 10 Prozent der Wahlberechtigten offen, dass sie erwägen, DVU zu wählen.“ Mathematisch völlig falsch war das nicht, denn auf die Frage der Meinungsforscher, ob sie sich prinzipiell vorstellen könnten, bei der Bürgerschaftswahl DVU zu wählen, hatten ein Prozent mit „ja, sicher“, vier Prozent mit „ja, vielleicht“ und fünf Prozent mit „wahrscheinlich nicht“ geantwortet, während dies für 84 Prozent überhaupt nicht in Frage kam. Von den vor vier Jahren gewonnenen Umfragewerten weichen diese Daten nur minimal ab. Dennoch boten sie für Weidenbach Anlass, schon einmal großspurig von einem „Donnerschlag bei der Bremen-Wahl“ zu schwadronieren. Das Ergebnis der „Sonntagsfrage“ von Infratest dimap freilich sprach nicht für einen „Donnerschlag“: zwei Prozent für die Frey-Truppe – nicht weit entfernt von jenen 2,3 Prozent, die die DVU 2003 erreichte.

Bei der Forschungsgruppe Wahlen wurde die DVU am 5. Mai immerhin auf vier Prozent taxiert. Dafür prognostizierten die Mannheimer Wahlforscher für die anderen kleinen Parteien nur 3,5 Prozent, während Infratest auf 5 Prozent gekommen war. Beide Meinungsforschungsinstitute schätzen also das Stimmenpotenzial, um das sich die Parteien jenseits von SPD, CDU, Grünen, FDP und Linkspartei bewerben, auf 7 bis 7,5 Prozent. Zu jenen Parteien gehören neben der DVU, die seit 1987 mit einer vierjährigen Unterbrechung in der Bürgerschaft vertreten ist, vier weitere Rechtsgruppierungen: „Bremen muss leben“, die aus der Schill-Partei hervorgegangenen „Bürger in Wut“, die Mini-Partei „Ab jetzt... Bündnis für Deutschland“ und die Republikaner. Antreten wollten am rechten Flügel eigentlich auch noch die Deutsche Partei (DP), die DP-Abspaltung Deutsche Christliche Partei und Pro DM, doch ihnen ging bereits im Vorfeld die Luft aus. Bremen ist ein beliebter Testmarkt für kleine oder neue Parteien: Der Aufwand ist bei lediglich knapp 490 000 Wahlberechtigten in einem überschaubaren Stadtstaat relativ leicht zu schultern.

DVU und „Bremen muss leben“ treten am 13. Mai in beiden Wahlbereichen – der Stadt Bremen und der Stadt Bremerhaven – an. „Ab jetzt...“ und die „Bürger in Wut“ konzentrieren sich auf Bremerhaven mit seinen nur 86 000 Wahlberechtigten, die Republikaner auf die Stadt Bremen. Dabei reicht für einen Einzug in die Bürgerschaft, wenn eine Partei in einem der beiden Wahlbereiche die Fünf-Prozent-Hürde überschreitet. Auf diese Regelung baut vor allem die DVU, die 2003 in Bremerhaven auf 7,1 Prozent kam, während sie in der Stadt Bremen bei 1,4 Prozent hängen blieb. Seit 1987 holte sie in Bremerhaven stets zwischen 4,7 (1995) und 10,1 Prozent (1991).

Nicht ohne Grund führte die DVU ihre „zentrale Wahlveranstaltung“ am 6. Mai auch nicht in Bremen, sondern in Bremerhaven durch. Vor angeblich 500, tatsächlich aber eher 300 Zuhörern bot die Partei ihre „Prominenz“ auf. Ans Rednerpult traten neben anderen Parteichef Gerhard Frey, Bundesvorstandsmitglied Hans Weidenbach, die Fraktionsvorsitzende im Landtag Brandenburgs, Liane Hesselbarth, der Bürgerschaftsabgeordnete Siegfried Tittmann und – als „besonderer Clou“, wie die DVU betonte – Gerard Menuhin, der auf einem stramm rechten Kurs angekommene Sohn des weltberühmten „Jahrhundertgeigers“ Yehudi Menuhin. Von ihm, der aus einer Familie chassidischer Rabbiner abstammt, lässt man sich die DVU-Sprüche von den Parteien, die sich auf Kosten des Volkes Vorteile zuschanzen, von den „Polit-Versagern“ und „Marionetten“, vom „ausgesaugten“ Volk, von der „seit Jahrzehnten andauernden Gehirnwäsche der Deutschen“ besonders gerne sagen. Dass solche Gastauftritte den einen oder anderen Rechtsextremisten, der seine antisemitischen Affekte nicht beherrschen kann, eher verwirrt, stört Frey sicher nicht. Wichtiger ist ihm, den Ruch des Ewiggestrigen loszuwerden – was freilich beim Gesamtbild, das die Partei liefert, schwierig sein dürfte.

Tomas Sager

Konkurrenz von rechtsaußen

Die Deutschen Konservativen stellen sich unter „Bremen muss leben“ zur Wahl.

Unter Geldmangel scheinen Joachim Siegerist und seine deutlich rechts gestrickte Wählervereinigung „Bremen muss leben“ nicht zu leiden. Zur Bürgerschaftswahl am 13. Mai in Bremen und der zeitgleichen Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven verbreiten sie in riesigen Auflagen ihre populistischen Schriften und schalteten zahlreiche seitenfüllende Zeitungsanzeigen. Ob dieses Engagement für einen Parlamentseinzug reichen wird, steht jedoch in den Sternen.

Ganz offiziell ist „Bremen muss leben“ ein Landesverband der von Joachim Siegerist geführten Deutschen Konservativen. Auf Kongressen dieses Verbandes mit Sitz in Hamburg trat auch schon der rechtsextreme Liedermacher Frank Rennicke auf. In Veröffentlichungen wettert die Wählervereinigung „Bremen muss leben“ gegen den „braunen Sumpf“. Dabei hat sie vor allem die konkurrierende DVU des „National-Zeitungs“-Verlegers Gerhard Frey im Sinn. Randbemerkung: Auf Platz sechs in Bremen tritt Bernd Rabehl für „Bremen muss leben“ an. Der frühere Weggefährte Rudi Dutschkes ist heutzutage des Öfteren auf NPD-Veranstaltungen zu Gast. 2004 gab er der „National-Zeitung“ ein ausführliches Interview. Die Fragen hatte DVU-Chef Frey persönlich gestellt.

In der Praxis haben die angeblichen Trennungslinien von „Bremen muss leben“ gegen Rechtsextremisten wenig Bestand, wie sich anhand weiterer Beispiele belegen lässt. Das fängt bei dem 59-jährigen Joachim Siegerist an, der unter anderem wegen Volksverhetzung verurteilt ist. Laut einer Mitteilung des Landesverbandes Bremen der „Deutschen Partei“ (DP) sind sechs der sieben Kandidaten in Bremerhaven DP-Mitglieder. Der ehemalige DP-Chef Heiner Kappel unterstützte „Bremen muss leben“ im Wahlkampf – so wie übrigens auch der österreichische Rechtsausleger Jörg Haider. Der baden-württembergische Verfassungsschutz warf Kappel vor, als DP-Bundesvorsitzender habe er gegenüber Rechtsextremisten keine Berührungsängste gekannt. Nach Einschätzung des bremischen Landesverfassungsschutzes und anderer Verfassungsschutzämter ist die DP „rechtsextremistisch“ geblieben.

In ihrem Programm für Bremen und Bremerhaven redet die Siegerist-Truppe unter anderem einer „Bürgerwehr“, einheitlicher Schulkleidung als Maßnahme gegen „Marken-Neid“ und – besonders interessant – der Abschaffung des Volksverhetzungs-Paragraphen im Strafgesetzbuch das Wort („Wer heute die Wahrheit sagt, der steht mit einem Bein im Gefängnis. Eine Demokratie muss jede Meinung ertragen können.“). Weitere Programmbestandteile sind zum Beispiel der Kampf für die „Sauberkeit der deutschen Sprache“, für härtere Strafen gegen Kaugummi-Spucker und Zigarettenkippen-Wegwerfer sowie gegen die Verschuldung im kleinsten Bundesland. Gegen die Verschuldung will die Wählervereinigung einen Spar-Kommissar mit staatsanwaltschaftlichen Befugnissen einsetzen. Der soll Politiker vor Gericht stellen können, sofern sie „Geld zum Fenster hinaus werfen“. Die Politiker sollen notfalls mit dem eigenen Vermögen haften. Auch die „Schein-Asylanten“ werden ins Visier genommen. Zu diesem Punkt heißt es: „Alte Menschen in Pflegeheimen werden aus Kostengründen nur noch minutenweise und mit Blick auf die Stoppuhr versorgt – aber für unangebrachtes Scheinasyl geben wir Riesen-Summen aus (...).“

In Bremerhaven führt Ronald Gläser (Jahrgang 1973) die Liste an. .Der Chefreporter der „Konservativen Deutschen Zeitung“, die zu den Deutschen Konservativen gehört, war bis vor kurzem Mitglied der FDP in Berlin und hatte dort sogar für den Landtag kandidiert. Er wurde zum „nationalliberalen“ Flügel der FDP gerechnet. Gläser war auch bereits Reporter der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF). Den Wirtschaftsteil der JF verantwortete lange Zeit der Wirtschaftswissenschaftler Bernd-Thomas Ramb. Der betätigte sich als Wahlhelfer für „Bremen muss leben“, indem er ein Dossier zur ökonomischen Situation des Landes mit dem Titel „Der Fall Bremen(s)“ verfasste. Das wird – mit einem Vorwort von Siegerist – von „Bremen muss leben“ verbreitet. In dem Ramb-Dossier wird unter anderem vorgeschlagen, dass Bremen eine Staatsinsolvenz beantragen könnte. Für Bremen will Joachim Siegerist als Spitzenkandidat in die Bürgerschaft rutschen. In ultrarechten Zusammenhängen aufgetaucht ist ebenso Ivan A. Denes (Platz vier in Bremen), Chefredakteur der „Konservativen Deutschen Zeitung“.

Thomas Klaus

Rechte Szene

„Europa erwache“

Beim zentralen Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai in Dortmund üben NPD-Chef Udo Voigt und der „Freie“ Christian Worch den Schulterschluss – mit dabei auch niederländische Rechtsextreme.

„Wir werden sie dereinst vor ein Gericht stellen, damit sie Gelegenheit haben, sich zu rechtfertigen. Und wenn sie das nicht können, werden wir ihnen Gelegenheit geben, den Schaden am deutschen Volk abzuarbeiten, den sie angerichtet haben.“ Für diese Aussage erntete NPD-Parteichef Udo Voigt bei der Dortmunder Demonstration „freier Kräfte“ am 1. Mai viel Beifall von den „Kameraden“. Gemeint waren damit Politiker, die Voigt während der Kundgebung „Bonzen“ nannte, und die sich an der „deutschen Volksgemeinschaft“ versündigt und heute schon „Angst“ hätten. „Dieses Land gehört uns, wehren wir uns wieder“, rief Voigt.

In Dortmund fand am „Tag der deutschen Arbeit“ der zentrale Aufmarsch der rechtsextremen Szene „gegen Kapitalismus“ und Globalisierung als Feinde der „Volksgemeinschaft“ statt. NPD-Chef Udo Voigt und der führende Kopf der Neonazi-„Kameradschaften“, Christian Worch, kündigten in Reden an, man wolle die „BRD abwickeln“. Worch wetterte bei einer Zwischenkundgebung gar, die „Abwicklung“ der DDR sei nur ein Test gewesen für die „Abwicklung der BRD“. Auch wenn „die Kapitalisten“ sich „Söldlinge halten“, sei der Umsturz nur noch eine Frage der Zeit, meinte Worch. Die heutigen Machthaber seien eine „kleine Minderheit“ gegen die „große Mehrheit. Das Volk, das sind wir“, rief Worch den Neonazis zu und wies zudem auf das Billiglohnland Polen hin – „oder besser gesagt, ehemaliges Reichsgebiet, das zur Zeit unter polnischer Verwaltung steht“.

Voigt und Worch waren lange verfeindet. Dass beide gemeinsam auftraten, werten Beobachter als Zeichen dafür, dass der Schulterschluss von NPD und „Kameradschaften“ voran schreitet. Keine Zweifel ließen Worch (Hamburg) und Dennis Giemsch (Dortmund) indes daran, wer den Aufmarsch organisiert hatte, auch wenn der NPD-Landesverband und die rechtsextreme niederländische NVU sie „unterstützten“. Die sich wegen gegnerischer Proteste verzögernde Demonstration mit rund 400 Neonazis verantworteten die beiden „Freien Nationalisten“. Wegen von Nazigegnern blockierten und in Brand gesetzten Gleisanlagen konnte das Gros der „Kameraden“ indes nicht pünktlich den Sammelpunkt erreichen. Statt dessen versammelten sie sich am Hauptbahnbahnhof (rund 200) und im Stadtteil Dorstfeld (rund 600). Während die erst genannte Gruppe von der Polizei festgehalten wurde, gelang den Neonazis in Dorstfeld ein Überrennen der Polizeikräfte nebst kurzer „Spontandemo“, ehe ein Großaufgebot der Ordnungshüter sie mittels Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz festsetzte. Später wurden beide Gruppen mit Bussen zum Hauptkundgebungsgelände im hermetisch abgeriegelten Stadtteil Wambel transportiert. Dort versammelten sich bis zu 1 300 Neonazis.

Giemsch hatte die „Kameraden“ während der Demo darauf eingeschworen, die „Abschaffung des Kapitalismus“ und die „Verhinderung der Globalisierung“ müsse der gemeinsame Auftrag „der europäischen Rechten sein“. Unterschwellig schwang bei der Kritik auch immer Antisemitismus mit. Es gehe darum, „weltweit“ den „Antizionismus“ zu stärken, war auf einem der Fronttransparente zu lesen. Giemsch selbst forderte auf seinem T-Shirt: „Keine Waffen für Israel! Fight Zionism!“ Die neben „Civil Disorder“ auftretenden „Carpe Diem“ spielten vor den meist jungen Neonazis im Vorfeld der Voigt-Rede ihren Szene-Hit „Europa, Jugend, Revolution“. In dem Liedtext geht es um „eine Macht“, „der das Geld gehört, seit viel zu langer Zeit“. Die „Macht“ habe einst „unsere Väter aufeinander losgehetzt“. Doch, so der antisemitische Duktus, „wir sehen, wer hinter den Kulissen steht“. Von der „versteckten Tyrannei“ werde man sich „frei“ machen.

Als weitere Redner fungierten unter anderen Siegfried Borchardt („SS-Siggi“), der nordrhein-westfälische NPD-Landesvize Claus Cremer und Constant Kusters, Parteivorsitzender der niederländischen NVU, von dem die Neonazis sogar eine Zugabe seiner Rede verlangten. Die am meisten skandierte Parole neben „frei, sozial und national“ dürfte, angelehnt an die alte NSDAP-Losung „Deutschland erwache“, die Parole „Europa erwache“ gewesen sein.

Michael Klarmann

„Tag der nationalen Arbeit“

Jürgen Rieger fordert in Vechta „ein deutsches Reich, frei, selbstständig und unabhängig“.

Bisher geriet die Stadt Vechta, im Oldenburger Münsterland gelegen, höchstens wegen Mastställen, Legebatterien und Überdüngung in die Medien. Demnach kommen auf jeden der rund 30 000 Einwohner statistisch gesehen 100 Hühner. Jetzt aber reicht ein Neonazi-Kader, um die Ruhe in der überwiegend katholischen Kleinstadt zu zerstören. Christian Fischer, Anführer der „Freien Nationalisten Vechta“ und NPD-Funktionär im Unterbezirk Osnabrück, sorgte zunächst für Negativ-Schlagzeilen, als Zivilpolizisten bei ihm am 26. April um 6.00 Uhr morgens vor der Tür standen und das weiße Einfamilienhaus seiner Mutter vom Keller bis zum Dach akribisch durchsuchten. Die asiatischen Untermieterinnen der Fischers lugten verängstigt zwischen den Gardinen hervor. Zur Razzia im Großraum Vechta, Osnabrück und Münster waren rund 200 Beamte und 40 Sprengstoffspürhunde im Einsatz.

Gegen Fischer und 25 weitere Anhänger der extrem rechten Szene wird wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz, den Besitz verbotener Gegenstände und der „Bildung einer bewaffneten Gruppe“ ermittelt. Osnabrücks Polizeichef präsentierte während einer Pressekonferenz nicht nur das Waffenarsenal der Neonazis, sondern zeigte auch Fotos aus einem Wehrsport-Camp, das im Sommer 2006 in Wilsum in der Grafschaft Bentheim an der deutsch-niederländischen Grenze stattgefunden hatte. Auf den Fotos posieren bewaffnete Neonazis vor einer Hakenkreuzfahne und stellen „Scheinhinrichtungen“ mit Machete und Pistole nach. Innerhalb der extrem rechten Szene gilt Fischer seit langem als „NS-Freak“, der seit Jahren geheime paramilitärische Camps mit jungen Anhängern durchführt. An diesem Lager in Wilsum nahmen auch NPD-Vorstandsmitglieder aus Osnabrück und Bentheim teil. Auch in den nordrhein-westfälischen Orten Lengerich, Lotte, Tecklenburg, Recke und Ibbenbühren wurde die Polizei fündig.

Vom Zeitpunkt her dürfte die Razzia Christian Fischer sehr ungelegen gekommen sein, denn er hatte für den 1. Mai ausgerechnet eine NPD-Demonstration in seiner Heimatstadt Vechta angemeldet. Aufgrund der aktuellen Ermittlungen konnte der arbeitslose Fleischfabrikarbeiter, der bei Demonstrationen häufig als Mitglied des NPD-Bundesordnerdienstes auftritt, nur aus dem Hintergrund die Fäden ziehen. Ulrich Plate, der Osnabrücker NPD-Chef, übernahm die offizielle Versammlungsleitung für die am 1. Mai angereisten rund 120 Neonazis aus Norddeutschland.

Auch eine gewisse Kaderdichte konnte nicht über das mangelnde Interesse des braunen Fußvolkes hinwegtäuschen. Aus dem Harz reisten die NPD-Kandidaten für die niedersächsische Landtagswahl im kommenden Januar, Michael Hahn, Michael Müller und Patrick Kallweit, an. Als Redner traten neben dem nationalen Liedermacher Müller auch NPD-Spitzenkandidat Andreas Molau sowie die Bundesvorstandsmitglieder Jürgen Rieger und Thorsten Heise auf. NPD-Landeschef Ulrich Eigenfeld gab sich mit einer Nebenrolle zufrieden, sein interner Kontrahent Adolf Dammann aus Buxtehude war erst gar nicht erschienen.

Anhänger des Kameradschaftsspektrums fanden sich in Vechta kaum ein. So hatte die NPD-Bundesordnertruppe um Manfred Börm kaum etwas zu tun. Brav flanierten die Neonazis durch abgelegenes Wohngelände, vorbei an schicken Bungalows und einem unbelebten Industriegebiet. In kleinen Stichstraßen gab es immer wieder laute Buhrufe. Bei Beschimpfungen liegen die Nerven des ehemaligen Waldorf-Lehrers Molau sofort brach. Molau, dem die Unterstützung aus den Reihen der Kameradschaften zur Zeit noch nicht gewiss ist, beschwörte immer wieder die Kraft des „gesamten nationalen Lagers“. Nervös stotterte Liedermacher Michael Müller aus Bad Lauterberg seine Rede herunter, dabei zog er immer wieder einen kleinen Merkzettel aus der Hose. Nach einem „Heil Euch Kameraden“ konstruierte er einen Zusammenhang zwischen „deutscher Rasse“ und „deutscher Arbeit“, ließ seine üblichen antisemitischen Hetzparaden gegen den „Zentralrat der Juden“ ab, kritisierte die Singularität des Holocausts mit „Indianervernichtung und Negerversklavung“. Seine wirre Rede beendete der beleibte Sänger mit dem Satz: „Wenn dieses System nicht so Scheiße wär’, dann bräuchten wir es nicht zu bekämpfen“. Müller wurde von der NPD als Kandidat für die kommenden Landtagswahlen im Januar 2008 aufgestellt.

Der neue Hamburger NPD-Landeschef Jürgen Rieger wartete schon angespannt auf das Ende

seines Vorredners, um sofort verbal in die Bresche zu springen. Verklausuliert huldigte Rieger angeblich sozialen Errungenschaften des NS-Regimes, die den 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit“ mit einem Programm namens „Schönheit der Arbeit“ eingeführt hätten. Am Ende seiner Ansprache gegen „Heuschrecken“ und für „Volksgemeinschaft“ beschwörte Rieger sein Ziel: „Dann werden wir das bekommen, was wir alle erstreben, nicht eine EU mit 400 Millionen, sondern ein deutsches Reich, frei, selbstständig und unabhängig.“

Vollmundige Worte, die kaum Gehör fanden. Denn, wenn auch Andreas Molau taktierend damit prahlte, dass der NPD in Niedersachsen nichts Besseres passieren könne, als dass sie von Medien und Politik unterschätzt werde, so verhallte auch diese Parole, „es braucht keine Massenveranstaltungen, um Massen zu erreichen“ auf der grünen Wiese in Vechta.

Andrea Röpke

„Inländerfreundlich“

Der NPD-Fraktionschef Udo Pastörs will „die ganze Bagage aus dem Schweriner Schloss“ jagen.

Unter dem Motto „Sozial statt Global! – Wir fordern Arbeit im eigenen Land“ wollten im mecklenburgischen Neubrandenburg etwa 600 Anhänger der rechtsextremen NPD und so genannter „freier“ Kameradschaften den Maifeiertag für sich vereinnahmen. Die Teilnehmer kamen aus Sachsen, Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Mit dabei, die gesamte Schweriner NPD-Landtagsfraktion und die Mehrzahl ihrer Mitarbeiter. Während der Parlamentarier Tino Müller zum Ordnerdienst abkommandiert war, führte Schmuckhändler und Fraktionschef Udo Pastörs, von einem Bodyguard bewacht, den Demonstrationszug an. An ein Transparent mit der Aufschrift „Globalisierung ist Völkermord“ geklammert, skandierte er die einschlägigen rechten Parolen. Zwischen 500 und 700 Aufmarschgegner begleiteten den braunen Aufzug.

Am Kundgebungsplatz im Neubrandenburger Reitbahnviertel – einer Plattenbau-Siedlung – wurden Pastörs und seine Gefolgschaft mit Pfiffen und Trommelwirbel begrüßt. In dem lautstarken Protest dürfte seine Rede selbst für die Getreuen schwer verständlich gewesen sein. Das was zu hören war, war ebenso bezeichnend wie entlarvend. Hoch droben auf einem roten Propagandawagen verlor Pastörs kurzzeitig die geografische Orientierung. Er rief seine Anhänger auf, die Straßen und Herzen der „Menschen Brandenburgs“ zu gewinnen. Weiter ging es mit regelrechten Hasstiraden. Die Gegendemonstranten bezeichnete er als „Affen“ und „linken Mob“. Die anwesende Präsidentin des Schweriner Landtages, Sylvia Bretschneider, nannte er mehrfach „die aufgetakelte Frau Brettbeißer“. An seinem Ziel hingegen ließ der NPD-Frontmann keinen Zweifel, er will das System beseitigen, wie er sagt. In einem ersten Schritt gibt er sich aber mit weniger zufrieden, er will „die ganze Bagage aus dem Schweriner Schloss“ jagen. Sein Weg dahin, „wir müssen nicht die Straße einnehmen, sondern die Herzen der Menschen“. Außerdem gilt es, nicht radikal mit Worten zu sein, sondern mit Taten. Denn „die völkisch-nationale Bewegung will dem deutschen Volk dienen“ und habe sich „am Volkserhalt zu orientieren“. Anschließend gingen die Pöbeleien gegen die Landtagspräsidentin weiter. Scheinbar von seiner eigenen Rede berauscht und ermutigt, kletterte Pastörs mit seinem Leibwächter durch die Absperrung und wollte Frau Bretschneider zeigen, wofür die NPD steht. Die zeigte ihm die sprichwörtliche „kalte Schulter“. So musste Pastörs unverrichteter Dinge mit seinem Plakat – Aufschrift „inländerfreundlich“ – von dannen ziehen.

Der Zug durch das Viertel geriet mehrfach ins Stocken und musste später umgeleitet werden. Etwa 200 Demo-Gegner – darunter zahlreiche Jusos der Initiative „Endstation Rechts“ und Mitglieder der PDS-nahen Jugendorganisation Solid – blockierten die Straße. Als der Demonstrationszug umgeleitet wurde, flogen vereinzelt Flaschen auf die Blockierer. Insgesamt waren etwa 500 Beamte im Einsatz. Größere Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie schwere Personenschäden konnten, wie es im Polizeibericht heißt, verhindert werden.

Für die Veranstalter und Pastörs könnte der Aufmarsch wohl noch ein juristisches Nachspiel haben. Die Ermittlungsbehörden prüfen die von ihm gehaltene Rede auf strafrechtlich relevante Inhalte. Außerdem sollen die Veranstalter indizierte Musik abgespielt haben.

Thomas Niehoff

Verräterische Fingerabdrücke

Landgericht stellt Verfahren wegen Verbreitens der Schulhof-CD ein.

Vor dem Landgericht Lübeck ging es darum, ob Lars Jacobs aus Rostock und Martin K. aus Bad Malente für das Verbreiten der im Sommer 2004 in den Umlauf gebrachten Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund" zur Rechenschaft gezogen werden können oder nicht. In der ersten Instanz verhängte das Amtsgericht Oldenburg gegen beide Männer noch Geldstrafen wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole. Gegenstand des juristischen Einschreitens stellt ein Liedtext des Stückes „Im Krieg gegen ein Scheißsystem" von der Rechtsrock-Band „Stahlgewitter" dar. Die CD aus Kreisen „freier" Neonazi-Kameradschaften weist insgesamt 20 Lieder von 19 Bands auf. Sie wurde in Tschechien gepresst. Auf dem Gelände von Schulen in Schwarzenbek, Wentorf und Geesthacht waren im August 2005 nachts deponierte Kartons mit den Tonträgern entdeckt worden, bei denen man Fingerabdrücke der Angeklagten gefunden hatte.

Jacobs, der sich vom neuen Hamburger NPD-Landesvorsitzenden Jürgen Rieger verteidigen ließ, räumte ein, die Booklets für die CD in seiner Druckerei in Stettin in einer Auflage von rund 55 000 Stück hergestellt zu haben. Beim Arbeitsprozess seien dann seine Fingerabdrücke auf das Produkt gekommen. K. (25), dem mit Wolfram Nahrath (Berlin) ebenfalls ein Anwalt aus der rechtsextremen Szene zur Seite stand, will ihm dabei aus Gefälligkeit geholfen haben. Da auf den Einlageblättern keine Liedtexte abgedruckt waren, sondern nur die jeweilige Titelzeile und die dazugehörende Musikgruppe, sah Jacobs nach eigenen Angaben auch keinen Grund, den Druckauftrag abzulehnen. Er erzählte, dass zu seinen regelmäßigen Auftraggebern die NPD und deren Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten (JN), gehörten. Auf die staatsanwaltliche Frage nach dem Auftraggeber der Schulhof-CD verweigerte er die Aussage.

Das Landgericht stellte das Verfahren jetzt ein. Damit bleibt Jacobs, der seit 2002 für den „Freundeskreis Halbe e.V." die rechtsextremen Gedenkmärsche am brandenburgischen Soldatenfriedhof Halbe anmeldet, strafrechtlich weiter unbelastet. Für Jacobs, dem auch die damalige Mitgliedschaft in der 1994 verbotenen Wiking-Jugend nachgesagt wird, war es unmittelbar vor seinem 32. Geburtstag bestimmt ein Grund zum Feiern. Gegen einen weiteren Beteiligten in dieser Angelegenheit aus dem schleswig-holsteinischen Cismar läuft ein separates Verfahren.

Horst Freires

„Schreibtischtäter"

Mit Totschläger in den Landtag.

Seit April dieses Jahres hat die Schweriner Landtagsverwaltung die Sicherheitsmaßnahmen im Parlament verschärft. Wer in das Schloss gelangen will, muss erst durch die Sicherheitsschleuse mit Metalldetektoren und sich anschließend einer Leibesvisitation unterziehen. Wie notwendig diese Maßnahmen sind, zeigt ein aktuelles Ereignis. Bei dem Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion Jörg Hähnel fanden die eingesetzten Sicherheitskräfte am 2. Mai einen so genannten Totschläger. Zwei Tage später meldete sich NPD-Fraktionsgeschäftsführer Peter Marx auf der Homepage der Landes-NPD zu Wort. Nach dessen Darstellung habe Hähnel „lediglich vergessen, den Teleskopstock, welchen er zu seiner eigenen Sicherheit mit sich führt, im Auto zu lassen". Alles nicht so schlimm und nur ein Versehen. Schließlich gäbe es eine klare Anweisung, keinerlei, „auch nur waffenähnliche Gegenstände mit in den Landtag zu bringen".

Der SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Nieszery spricht von einem Skandal. Für ihn zeigt sich hierdurch deutlich die Gefährlichkeit der Rechtsextremisten. Nach der Anweisung von Marx ist für Nieszery auch klar, dass es „offensichtlich zu den Gepflogenheiten" der Kameraden gehört, Waffen oder waffenähnliche Gegenstände mit sich zu führen. Jörg Hähnel sitzt für die NPD in der Bezirksversammlung Berlin-Lichtenberg und ist Mitglied im NPD-Bundesvorstand. Auf der Internetseite der Bundes-NPD findet sich eine Art Kurzporträt des Kameraden. Dort heißt es über Hähnel, dass er kein „Schreibtischtäter" sei. Wohl wahr, wie der Waffenfund belegen dürfte. Denn wer Waffen mit sich führt, will diese auch einsetzen.

Thomas Niehoff

„Kommissarische Regierungen“

„Reichsbürger“ sprechen der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland die Legitimität ab.

Die im Visier der Verfassungsschutzbehörden stehende rechtsextreme Gruppierung „Exilregierung Deutsches Reich“ will am 17. Mai unter konspirativen Umständen eine „Kabinettssitzung“ in der Nähe von Berlin durchführen. Dabei gelten folgende Sicherheitsbestimmungen: „Das Mitführen von Funkfernsprechern oder Kameras / Fotoapparaten sowie Funkfernsprechgeräten und ähnlichen Geräten ist nicht gestattet. Wir werden Kontrollen durchführen und bei Verstößen die Betreffenden von der weiteren Veranstaltung ausschließen.“ Ein entsprechendes Anmeldeformular ist bis zum 14. Mai an das „Kanzleramt“ des „Deutschen Reiches“ im niedersächsischen Hildesheim zu entsenden. Dort residiert „Reichskanzler“ Norbert Schittke.

Die „Exilregierung Deutsches Reich“ wurde am 8. Mai 2004 in Hannover gegründet. Initiator der Gründung war Schittke, vormals Kreisrat der Republikaner in Hildesheim, später Mitglied der Deutschen Sozialen Union und Mitgründer einer Statt Partei. Zum „Leiter des Presse- und Informationsamtes“ der „Exilregierung“ wurde der mehrfach verurteilte Uwe Bradler bestimmt. Bradler bekam 2005 zudem wegen Volksverhetzung und Besitzes kinderpornographischer Schriften unter anderem eine Haftstrafe von acht Monaten, ausgesetzt für zwei Jahre auf Bewährung.

Die „Exilregierung“ spricht der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik die Legitimität ab: „Das Grundgesetz ist nicht – wie absichtlich behauptet wird – vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden. Es ist überhaupt nicht vom deutschen Volk beschlossen worden. Aus diesem Grunde ist es keine deutsche Verfassung, sondern ein alliiertes und oktroyiertes Gesetz für ein besetztes Gebiet.“, wird behauptet. Ziel der „Exilregierung“ ist nach Erkenntnissen des niedersächsischen Verfassungsschutzes die Wiedererstehung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 und der „Kampf gegen die Fremdbestimmung in Deutschland“. Die „Exilregierung“ leugnet vehement eine Kriegsschuld des NS-Regimes. Ihren Veröffentlichungen „ist eine pauschale Diffamierung von Ausländern und eine Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu entnehmen.“, stellt das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz fest. Der früheren rot-grünen Bundesregierung hat die „Exilregierung“ vorgeworfen, „die bewusste Vermischung des gesamtdeutschen Staatsvolkes mit Einwanderern aus allen Ländern der Erde zur Steigerung der Kriminalität und der Verunsicherung des gesamtdeutschen Staatsvolkes“ zu betreiben.

Bei der „Exilregierung Deutsches Reich“ handelt es sich um eine Absplitterung der ursprünglichen „Kommissarischen Regierung des Deutschen Reiches“ (KRR) um den Berliner Rechtsextremisten Wolfgang Ebel. Für die am 8. Mai 1985 gegründete KRR hat die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 nach wie vor Gültigkeit.

An ihre „Reichsbürger“ verkauft die „Exilregierung“ zahlreiche „Dokumente“, darunter so genannte Personenausweise sowie „Führerscheine“ und „Gewerbeerlaubnisse“ des „Deutschen Reiches“. Behauptet wird dabei, der Inhaber solcher Dokumente sei als „Reichsbürger“ kein Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland, unterfalle nicht deren Rechtssystem und habe dieser gegenüber keine finanziellen oder anderweitigen Verpflichtungen mehr.

Für landesweite Schlagzeilen sorgen derzeit „Reichsbürger“ in Sachsen-Anhalt. Am 12./13. Mai wird in Gommern (Jerichower Land) nach jahrelangem Stillstand der historische Hotel-Restaurant-Brauerei-Komplex Wasserburg wieder eröffnet. Aufgrund von Recherchen der Tageszeitung „Volksstimme“ wurde bekannt, dass zwei leitende Mitarbeiter des Komplexes einer „Kommissarischen Reichsregierung“ angehören sollen, die sich als einzige legitime Vertreterin des „2. Deutschen Reiches“ sieht. Namentlich genannt werden der gebürtige Hesse Thomas Tischer (40), einst Funktionär des rechtspopulistischen Bundes Freier Bürger – Offensive für Deutschland, und der Kärntner Godwin Bachmann (35). Bachmann war Ende der 90er Jahre landwirtschaftlicher Aufbauhelfer in Trakehnen, im einstigen Nord-Ostpreußen. In Sachen Regermanisierung ist dort vor Ort der extrem rechte Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V. aktiv.

Anton Maegerle

Verfassungsschutz

Gewalttätiges Potenzial

In Schleswig-Holstein sind die rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten immens angestiegen. Die NPD gibt in der Szene den Ton an.

Am auffälligsten im Verfassungsschutzbericht von Schleswig-Holstein ist die Entwicklung der Zahlen der von der rechten Szene begangenen Straftaten. Waren es im Landtagswahljahr 2005 noch 337, so registrierte man ein Jahr später schon 510 – eine Steigerung von 51 Prozent. Darunter waren im Vorjahr 445 Propagandadelikte im Vergleich zu 281 im Jahr 2005 (+ 58 Prozent). Die Gewalttaten kletterten um 14 Prozent von 56 auf 65.

In der Parteienstruktur gibt die NPD den Ton an. Sie legte um 20 auf 240 Mitglieder zu, die in sechs Kreisverbänden agieren. Die Nationaldemokraten zeigten sich bei Demonstrationen und selbst inszenierten Gedenkritualen. Zunehmend wurden inhaltlich soziale Themen aufgegriffen. Besonders bei populistischen Protesten wie etwa gegen die im Lande heftig diskutierte Kreisgebietsreform präsentierte sich die Partei gern in einem bürgerlichen Mäntelchen. Der Schulterschluss mit Neonazis aus der Kameradschaftsszene ist offenkundig und gewollt. Als wohl der NPD nahe stehend hat sich der „Freundeskreis Herz für Deutschland“ offenbart, der unter diesem Namen bereits in den 80er Jahren die Nationaldemokraten unterstützte. Die DVU verlor unterdessen an Zuspruch. Die Mitgliederzahl sank von 400 auf 300. Bis auf eine Verteilaktion in Neumünster fiel die Partei mit eigenen Initiativen nicht auf. Aktivitäten von Republikanern wurden überhaupt nicht mehr registriert.

Die rechtsorientierte Subkultur zählt mindestens 660 Anhänger. Die Behörden gehen aber von einer gewissen Dunkelziffer aus, so dass die Zahl noch höher liegen dürfte. 110 „Freie Nationalisten“ sind als Polit-Aktivisten in Erscheinung getreten. Dazu zu rechnen ist das von Schleswig-Holstein aus operierende Aktionsbüro Norddeutschland, das um eine überregionale Vernetzung bemüht ist. Aus dem Umfeld erscheint auch die Periodika „Durchblick“ – 2006 insgesamt viermal. Die Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige (HNG) verfügt über 35 Kräfte.

Feste Treffpunkte hat die rechtextreme Szene weiterhin in Neumünster, wobei es den „Club 88“ jetzt bereits seit über zehn Jahren gibt. Die herbstliche „Club-Geburtstagsparty“ erhielt im Jahr 2006 mit über 500 Personen wieder wachsenden Zulauf. Es wurde überregional angereist, sogar aus Skandinavien. Ansonsten ist die kleine Lokalität im Stadtteil Gadeland nach Beobachtungen zum Anlaufpunkt für 16- bis 20-jährige Szenegänger geworden. Gefestigte und ältere politische Kader lassen sich im Gegensatz zu früher dort kaum noch blicken.

Seit Dezember 2006 wird vielmehr daran gearbeitet, mit der punktuellen Nutzung einer stillgelegten Gaststätte im kleinen Ort Neufeld bei Brunsbüttel einen zweiten Treffpunkt im nördlichsten Bundesland zu schaffen. Im Hintergrund dort wurden die Fäden von der Nationalen Aktionsfront Dithmarschen gezogen. Diese Gruppierung hat sich seit Frühjahr 2005 immer weiter gefestigt und ist eine von vier im Lande auffälligen Kameradschaften neben Neumünster, Lübeck (mit Region Lauenburg) und Ostholstein (Raum Neustadt/Cismar). Offiziell wurden 2006 zwei Rechtsrock-Konzerte wahrgenommen – eines davon in Neufeld – sowie drei Liederabende (alle im Club 88). Beobachtet wurden drei Rechts-Rockbands, „Einherjer“ (Lübeck) und „Words of Anger“ (Ostholstein) spielen dabei bereits länger zusammen. Letztere Gruppe stand auch im Ausland auf Bühnen.

Der Verleger Dietmar Munier aus Martensrade bei Selent hat sein Verlagsimperium noch erweitert. Er ist inzwischen der Kopf des Buchdienstes Lesen & Schenken, des Arndt-Verlages, des Bonus-Verlages, des Orion-Heimreiter-Verlages, des Pour Le Merite Verlages und neuerdings auch von der „Deutschen Militär-Zeitung“. Weitere Verlagsaktivisten im hohen Norden sind Tim Schatowitz aus Burg/Dithmarschen (Faktum-Verlag) sowie Gisela Stiller mit einer in „Ludendorffer“-Kreisen geschätzten Versandbuchhandlung in Stafstedt (Kreis Rendsburg-Eckernförde) und Roland Bohlinger vom Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur aus Viöl/Nordfriesland.

Horst Freires

Ausland

Schmutzige Geheimnisse

US-Neonazis und Kinderpornographie.

Still und leise endete vor wenigen Wochen die kurze Geschichte der Neonazi-Organisation „National Vanguard“ (NV). Eine knappe Meldung auf der gleichnamigen Nachrichtenwebsite vermeldet die angebliche Schließung der Gruppe mit Sitz in Charlottesville, Virginia durch die Behörden des Bundesstaates. Tatsächlich jedoch handelt es sich um eine von beschämten Mitgliedern forcierte Selbstauflösung in Reaktion auf den Skandal um den NV-Gründer Kevin A. Strom, der im Januar wegen des Besitzes von Kinderpornographie verhaftet wurde. In der offiziellen Anklageerhebung werden dem ehemaligen NV-Vorsitzenden zudem Nötigung und versuchte Verführung einer Zehnjährigen sowie Behinderung der Justiz vorgeworfen. Im Fall eines Schuldspruchs drohen Strom bis zu 30 Jahre Gefängnis.

Stroms Obsessionen waren kein großes Geheimnis. In den 1990ern betrieb der Rassenfanatiker eine Website, auf der er unter der Rubrik „Weibliche Schönheit“ Bilder von leicht bekleideten, jungen Mädchen zur Schau stellte. Strom gilt als „Hofintellektueller“ der US-Rechten und war die treibende Kraft hinter der Abspaltung der NV von der „National Alliance“ (NA) im Frühjahr 2005. Nach heftiger interner Kritik trat der 50-Jährige im Juli 2006 von seinen Ämtern zurück und machte vage Andeutungen über „schwere Fehler“ während seiner zwei Jahrzehnte langen Karriere als Neonazi-Funktionär. Kindesmissbrauch sowie Kinderpornographie zählen im Verhaltenskodex der „White Supremacy“-Bewegung zu den Kapitaldelikten.

Teile der Szene sehen in Strom offenbar nur die Spitze des Eisberges. Beiträge in rechten Onlineforen bezichtigen Mitglieder des „Stormfront“-Netzwerkes um Don Black, einem langjährigen Verbündeten Stroms, der Verwicklung ins Kinderporno-Geschäft. Drastische Worte findet der Rechtsaktivist Bill White in seinem Portal „Overthrow“: „Der gesamte reaktionäre Flügel der weißen nationalistischen Bewegung ist korrupt und muss vernichtet werden“.

Michael Funk

Ziel deutlich verfehlt

Britische Rechtsextremisten treten auf der Stelle.

Großspurig hatten die Führungskader der rechtsextremen British National Party (BNP) im letzten Frühjahr den „Beginn der Britischen Revolution” verkündet, nachdem die Partei bei den englischen Gemeinderatswahlen ihr bestes Resultat seit über zehn Jahren erzielt hatte. Bei den diesjährigen Kommunalwahlen in weiten Teilen Englands verfehlten die Ultra-Nationalisten die gesteckten Ziele hingegen deutlich. Mit 820 Kandidaten hatte die BNP mehr als doppelt so viele Bewerber ins Rennen um die Sitze in den Stadt- und Kreisräten geschickt wie 2006 und offiziell das Erreichen der Marke von 100 Mandaten angestrebt (vor der Wahl waren es 46). Unterm Strich stand am Ende jedoch lediglich ein Plus von zwei Mandaten. Insgesamt entfielen in England rund 300 000 Stimmen auf die BNP. In den vergangenen Monaten waren die Aktivisten der extrem fremdenfeindlichen Partei, deren Hochburgen in den Arbeiter-dominierten Regionen und Innenstädten liegen, vor allem mit dem Thema Einwanderung auf Stimmenfang gegangen.

Auch bei den Urnengängen zum schottischen Parlament und der walisischen Nationalversammlung gingen die Rechtsextremisten leer aus. In Wales konnte die BNP mit Stimmanteilen von bis zu 9,4 Prozent dennoch Rekordergebnisse verzeichnen und blieb nur 2000 Stimmen von der Eroberung eines Regierungssitzes entfernt. Im südlichen Wahlbezirk war Parteichef Nick Griffin persönlich als Kandidat angetreten. In Schottland, wo die BNP traditionell kaum Unterstützung findet, gelang den Parteistrategen erstmalig die Aufstellung der vorgeschriebenen Mindestanzahl von je vier Bewerbern pro regionaler Wahlliste (insgesamt 32 Kandidaten), was der BNP staatliche Kampagnenzuschüsse und Sendezeit für einen TV-Werbespot sicherte. Beobachter hatten im Vorfeld der Wahlen kritisiert, dass die Hälfte der BNP-Kandidaten eigens aus England „importiert“ worden war.

In seiner Wahlanalyse übte sich Vorsitzender Nick Griffin auf der Homepage der BNP in Durchhalteparolen und warf der „Koalition aus alten Parteien, öffentlichen Gewerkschaften und Medien“ Wahlmanipulation und Verleumdung vor.

Michael Funk

Blick in die Zeitgeschichte

Orte der Erinnerung

In zahlreichen Ländern sind neue Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus geplant.

In diesem Jahr konnte zum ersten Mal keine deutsche Delegation am jährlichen „Marsch der Überlebenden“ durch das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau teilnehmen. Der Grund: Es gab nicht genug Anmeldungen. Das lag freilich nicht am nachlassenden Interesse junger deutscher Juden, sondern der Terminierung. Der 16. April – der offizielle Holocaustgedenktag des Staates Israel – lag zu nahe am Ende der Osterferien. Wie groß allerdings weltweit das Interesse am Holocaust ist, zeigen neue Gedenkstätten, die immer noch entstehen.

Am 10. Dezember 2005 eröffnete der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, das Dokumentations- und Begegnungszentrum „SS-Sonderlager/KZ Hinzert“ auf den Höhen des Hunsrück. Zu dem Festakt waren auch der luxemburgische Premierminister Jean Claude Juncker sowie Delegationen aus den Niederlanden, Belgien, Polen und Deutschland gekommen. Im etwa 30 Kilometer östlich von Trier gelegenen Lager waren Häftlinge aus 18 Nationen den Schikanen von mehr als 200 SS-Freiwilligen aus der unmittelbaren Umgebung des Lagers ausgeliefert. Widerstandskämpfer, Fremdenlegionäre und Luxemburger, die sich weigerten, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, bildeten die Mehrzahl der Gefangenen. Die Nazis hatten Luxemburg annektiert und in „Gau Moselland“ umbenannt.

Die bisher letzte Einweihung einer Stätte der Erinnerung liegt erst wenige Wochen zurück und wurde öffentlich kaum wahrgenommen: Das „Museum zur Geschichte der jüdischen Gemeinschaft Madrids“. Es sollte zum 90. Jahrestag der Eröffnung der großen Madrider Synagoge im März 1917 mitten in der spanischen Hauptstadt gefeiert werden. Die Zeit war äußerst knapp bemessen, weshalb selbst die jüdische Gemeinde keinerlei Öffentlichkeitsarbeit geleistet hat, kritisierte zu Recht die „Jüdische Allgemeine“ aus Berlin. Da gilt es noch einiges nachzuholen. In Madrid lebt ein Drittel der etwa 40 000 spanischen Juden. Ein weiteres Drittel ist in Barcelona zu Hause, die restlichen Juden leben verstreut, unter anderem an der Costa del Sol und der Gegend um Gibraltar.

In eine neue Gedenkstätte wird derzeit die Ohel-Synagoge in Schanghai umgewandelt. Sie erinnert an die etwa 20 000 deutschen Verfolgten, die dort während der NS-Zeit Schutz gesucht und gefunden haben. Schanghai war in den späten 30er Jahren einer der letzten Orte, die NS-Flüchtlinge aufnahmen. Daran durfte viele Jahrzehnte nicht öffentlich erinnert werden. Das Thema passte nicht in die Politik der kommunistischen Regierung in Peking. 1941 zwangen die japanischen Invasionstruppen die Flüchtlinge, in ein Ghetto umzuziehen. Dem Druck des Verbündeten in Berlin, die Flüchtlinge auf Schiffe zu verladen und im Meer zu versenken, widerstanden die Japaner zum Glück.

In Warschau haben vor kurzem die Arbeiten für ein jüdisches Museum begonnen. Der Entwurf stammt von zwei finnischen Architekten, die bis 2008 fertig sein wollen. Der Eingang wird nicht die Mitte des Gebäudes beherrschen, sondern verborgen sein wie ein Riss. „Dieser Riss symbolisiert den Durchgang der Juden durch das Rote Meer und ihre ganze tragische Geschichte“, sagt der Vorsitzende der Jury, Bohdan Paczkowski. In das Gebäude auf dem Gelände des einstigen Warschauer Ghettos integriert ist eine Dauerausstellung über die tausendjährige Geschichte des polnischen Judentums.

In den Balkanstaaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien gab es bis zur Wende kaum irgendwelche Stätten der Erinnerung an den Holocaust. Das hat sich inzwischen gründlich geändert. In Ungarn wird vielerorts an die Massendeportationen erinnert. Bulgarien braucht solche Stätten nicht. König Boris hat sich nämlich strikt und erfolgreich geweigert, „seine“ Juden den Nazis auszuliefern. Ganz anders war die Lage in Rumänien, einem besonders treuen Vasall Hitlers. Das Schweigen ändert sich jetzt. Vor der früheren Schaltzentrale der faschistischen Pfeilkreuzler mitten in Bukarest wird zurzeit der Bau des zentralen Denkmals für die rumänischen Opfer des Holocaust vorbereitet. Es soll eine „Chance zum historischen Bekenntnis“ werden, sagt die zuständige Kommission im Kultusministerium. Für den 9. Oktober ist die Legung des Grundsteins geplant – dem Beginn der Deportationen in die Todeslager im Jahr 1941.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Rangeleien mit der Polizei

Bad Bramstedt – Der NPD-Marsch zum 1. Mai im schleswig-holsteinischen Bad Bramstedt zählte rund 120 Teilnehmer. Die Parteispitze war durch den Landesvorsitzenden Uwe Schäfer vertreten. Als Redner eines handgeschriebenen Manuskripts trat jedoch der Kreisvorsitzende aus Lübeck, Jörn Lemke, auf. Seine Mitstreiter kamen mit wenigen Ausnahmen – als Ordner fungierte beispielsweise Mario Indorf aus Hamburg – durchweg aus dem nördlichsten Bundesland. Als Begleitmusik wurden Stücke aus der NPD-Schulhof-CD von 2005 gespielt. Die Organisation lag in den Händen von Roland Fischer, der sich aber immer wieder Lemke oder Hermann Gutsche an seine Seite holte. Wie Schäfer ohne ausgewiesene Aufgabe blieb auch Ingo Stawitz aus dem NPD-Landesvorstand. Als die mit der Ordnungsbehörde vereinbarte Schlusszeit überschritten war, aber immer noch Megaphon-Durchsagen für den Protest der rechtsextremen Szene gegen das G 8-Gipfeltreffen in Heiligendamm zu hören waren, bedrängte die Polizei das Lautsprecherfahrzeug. Es kam dann zu Rangeleien. Dabei wurde Jens Lütke von den Beamten regelrecht vom Leitungsfahrzeug weggezogen. Nach Aufnahme seiner Personalien war er bei der geschlosssen per Zug angetretenen Abreise wieder mit dabei. (hf)

Wieder JN-Aktivitäten in NRW

Bocholt – Der seit Jahren inaktive nordrhein-westfälische Landesverband der Jungen Nationaldemokaten (JN) soll wiederbelebt werden. Voraussichtlich im Juni werde eine Gründungssitzung des Landesverbandes stattfinden, teilte der JN-Bundesgeschäftsführer Mathias Rochow mit. Nach der Bildung etlicher JN-Stützpunkte stehe jetzt auch in Bocholt der erste aktive Kreisverband vor seiner Gründung. JN-Stützpunkte gibt es derzeit in Bocholt, Gladbeck, Witten und Köln. Auch in Herford und Essen existieren Gruppierungen der Jungen Nationaldemokraten. (ts)

Spende für kranke Kinder

Rostock – Am 19. Mai findet in ein Konzert für „Freunde der etwas härteren Musikrichtung“ (Einladungstext) statt. Aufgespielt wird von der Bremer Hooliganband „Kategorie C – Die Band“, die laut Verfassungsschutz überregional dafür bekannt ist, „dass an ihren Veranstaltungen Fußballfans, Rocker und Skinheads teilnehmen“. Der genaue Veranstaltungsort soll dann auf den Eintrittskarten stehen. Das Konzert bildet den Auftakt der diesjährigen Tour von „KC – Die Band“ – unter dem Motto "SPORT FREI!". Aus der Einladung geht hervor, dass jeweils ein Euro vom Eintrittspreis an die Kinderkrebsstation der Universitätsklinik Rostock gehen soll. Eingeladen wird zu dem Konzert per Mailrundbrief von „NMN-Veranstaltungstechnik“. Dahinter verbirgt sich der Neonazi Lars Jacobs (Rostock), der mehrmals als Anmelder des "Heldengedenktages" in Halbe in Verfassungsschutzberichten aufgeführt ist. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de